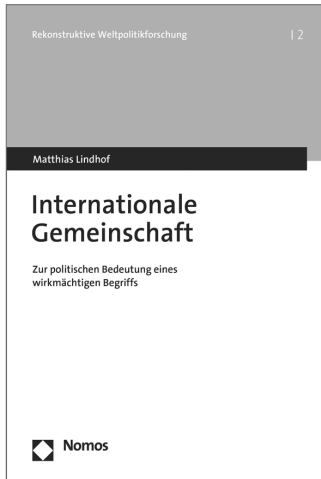


Ein Begriff im Fokus

Tina Rosner-Merker



Matthias Lindhof

Internationale Gemeinschaft. Zur politischen Bedeutung eines wirkmächtigen Begriffs

Nomos: Baden-Baden
2019, 401 S.,
79,00 Euro

Auf Basis der Existenz der ›internationalen Gemeinschaft‹ rekonstruiert Matthias Lindhof in seiner überarbeiteten Dissertation die Frage nach der politischen Bedeutung dieses als allgegenwärtig angenommenen Begriffs. Sein Beitrag zur Außenpolitikforschung überwindet dabei sowohl disziplinäre als auch methodologische Grenzen, in dem er Aspekte der Wissenssoziologie, Völkerrechtsbezüge sowie die objektive Hermeneutik integriert. Mit einem realistisch-konstruktivistischen Ansatz untersucht er mittels Sequenzanalyse dreier Reden, aufgrund welcher Logik der Begriff zur Legitimation politischen Handelns geeignet ist.

Nach einer Herleitung der Problemstellung wird im zweiten Kapitel eine Abgrenzung sowie eine Darstellung von vier Verwendungsvarianten vorgenommen. Dieser Theorieteil nimmt im Vergleich zu den anderen Kapiteln großen Raum ein. Es folgt eine Darstellung von Methodologie und Methode, in welcher auch Begriffe wie ›Krise‹, ›Routine‹ und ›Wissen‹ reflektiert werden. Das vierte Kapitel beinhaltet eine Lesefassung der Analyse, bevor im Schlusskapitel die Ergebnisse zusammengeführt werden. Zudem ist die detaillierte Sequenzanalyse in einem Anhang nachvollziehbar.

Für die gesamte Arbeit, die eine Vielzahl theoretischer Bezüge aufweist, gilt, dass sie für unterschiedliche Zielgruppen gleichermaßen gut lesbar und interessant ist. Getrübt wird der Lesefluss allein durch einzelne Querbezüge und Redundanzen.

Auf Basis der maximalen Unterschiedlichkeit analysiert Lindhof je eine Rede des ehemaligen britischen Premierministers Tony Blair, des russischen Präsidenten Wladimir Putin und des früheren und mittlerweile verstorbenen serbischen Präsidenten Slobodan Milošević. Dabei stellt er drei Fragen: die nach dem Motiv der Sprecher, die nach der Funktion des Begriffs und die nach der Gestalt der jeweiligen Gemeinschaft.

Für die (ehemaligen) Staatschefs gälte, dass sie sich als im Dienste der ›internationalen Gemeinschaft‹ stehend darstellen und selbige als etwas charakterisieren, dessen wünschenswerter Zustand wiederherzustellen sei. Dabei nähme Blair eine Hierarchisierung der Mitglieder der ›internationalen Gemeinschaft‹ vor und spräche menschenrechtsmissachtenden Mitgliedern des Sicherheitsrats legitime Mitgestaltung ab. Putin und Milošević hingegen unterstrichen staatliche Souveränität. Putin höbe zudem die Relevanz von bewährten beziehungsweise mächtigen Mitgliedstaaten – darunter die BRIC-Staaten Brasilien, Russland, Indien und China – hervor. Milošević wiederum kritisiere Mitglieder, die seines Erachtens andere täuschten. Anders als für ihn erwartet, spräche er aber nicht der gesamten ›internationalen Gemeinschaft‹ die Legitimation ab. Alle drei identifizierten allerdings unterschiedliche Mitglieder dieser Gemeinschaft, darunter Staaten und die Vereinten Nationen.

Lindhof stellt fest, dass die Legitimitätslogik des Begriffs in seinem Doppelcharakter begründet sei. Er beschreibt dabei einen ›Omnibus-‹ sowie einen ›Währungscharakter‹. Erstgenannter eröffne, dass der Begriff ein übergeordnetes Ziel unter Integration verschiedener, potenziell widersprüchlicher Wissensinhalte anstreben kann. Letztgenannter wiederum beschreibe, dass der Begriff offen genug sei, auch divergierende Ziele zu legitimieren.

Die Arbeit bestätigt die bekannte Argumentation, wonach geteiltes Wissen nicht zwangsläufig auch zu einer Kooperation führen muss, sondern stattdessen auch Konfliktgrundlage sein kann. Die Übertragbarkeit der Ergebnisse auf Begriffe wie ›Souveränität‹ wird dabei von Lindhof angedeutet. Offen bleibt, inwiefern es sich bei der ›internationalen Gemeinschaft‹ um ein zur Beschreibung der Welt geeignetes Konzept handelt.